

Niedersächsischer Landtag

16. Wahlperiode

146. Plenarsitzung

27. September 2012

Seite 19043

Abschließende Beratung:

Betreuungsgeld verhindern -

Finanzmittel für Krippenausbau verwenden -

Krippengipfel einberufen -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Drs. 16/4862

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Ich beginne meinen Beitrag mit dem,

was ich in meiner letzten Rede dazu

am 22. Juni gesagt habe:

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das reicht auch!)

Das Betreuungsgeld ist sozial-, integrations-, bildungs- und gleichstellungspolitisch eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Zwischenzeitlich ist die Liste derjenigen, die es ablehnen, immer länger geworden. Bisher waren das die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, die Frauen-Union und sehr viele Abgeordnete von CDU und FDP im Deutschen Bundestag.

Frau Vockert, ich wundere mich. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Sie diese Rede hier heute freiwillig gehalten haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN -

Astrid Vockert [CDU]: Ich lasse mich zu nichts zwingen!

So gut müssten Sie mich eigentlich kennen!)

- Ich glaube, ich kenne Sie so gut, dass ich sagen kann: Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, dann würde ich dafür von der eigenen Fraktion ein Schmerzensgeld verlangen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Wolfgang Jüttner [SPD]:

Oder Betreuungsgeld!)

In der Hannoverschen Neuen Presse stand diese Woche: „Birkner will Krippen stärken. Niedersachsens FDP-Landeschef ... lehnt das Betreuungsgeld ab.“

(Ah! bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden bei der Abstimmung ja gleich sehen, was der Chef in seinem eigenen Laden zu sagen hat.



(Zustimmung bei der SPD - Frauke Heiligenstadt [SPD]: Der darf ja nicht mit abstimmen!)

Zumindest der Kollege Focke, der rausgerannt ist, als der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, würde wahrscheinlich mit uns stimmen. In der örtlichen Tagespresse hat er sich ja dementsprechend positioniert.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, die geplanten Finanzmittel werden für den weiteren Krippenausbau dringend benötigt, quantitativ und qualitativ. Wir werden das Ziel, bis zum Jahr 2013 für 35 % der unter Dreijährigen einen Krippenplatz bereitzustellen, nicht erreichen - das wissen Sie. Nachdem Niedersachsen Ende 2011 noch nicht einmal die Quote von 20 % bei der Betreuung der unter Dreijährigen erreicht hat, kam beim Kultusminister offensichtlich Panik auf. Er hat dann noch einmal 40 Millionen Euro locker gemacht, um zum einen - das hat Frau Geuter vorhin schon gesagt - vor Ort Wahlgeschenke zu verteilen und zum anderen verzweifelt aufs Gaspedal zu drücken.

Und was macht der Ministerpräsident? -

Nichts.

Er tritt im Bereich der frühkindlichen Bildung eher voll auf die Bremse. Er ist zu feige, bei der Bundeskanzlerin in Sachen Betreuungsgeld zu intervenieren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Aber so kennen wir ihn: im Land als Landesvater medial glänzen - wenn das nicht reicht, werden auch noch selbst gefertigte Interviews angeboten -

(Lachen bei der SPD - Oh! bei der CDU)

aber bei peinlichen Fragen nicht erreichbar sein, und wenn Entscheidungen anstehen wegducken. - Wir fordern den Ministerpräsidenten auf:

Zeigen Sie in Berlin Rückgrat! Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Du warst lange nicht mehr hier im Saal!)

Sie können nicht auf der einen Seite die Schuldenbremse proklamieren und auf der anderen Seite das Geld sinnlos zum Fenster rausschmeißen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-NEN und bei der LINKEN)

Ich fürchte aber, dazu hat dieser Ministerpräsident nicht das Kreuz.

Was Sie hier treiben, ist unverantwortlich.

(Jens Nacke [CDU]: Wollen Sie nicht mal bei mir im Wahlkreis eine Wahlkampfrede halten? Das würde mir sehr helfen!)

- Herr Nacke, sind Sie PGF, oder sind Sie der Spaßmacher der Fraktion?

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-NEN und bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Ich versuche, beides zu sein! Sie scherzen hier doch auch die ganze Zeit rum!)

Sie kaufen gerade die Kinder, die es bitter nötig haben, aus den Einrichtungen raus.

(Johanne Modder [SPD]: Ganz genau!)

Es gibt dazu in der Tat - Herr Försterling hat es eben gesagt - einen Vorschlag des FDP-Landesvorsitzen-

den Birkner. Er sagte dazu in der Hannoverschen Neuen Presse:

„Das Beste wäre, wenn der Bund den Ländern die Entscheidung überließe, wie sie das Geld verwenden wollen. Dann können die Bayern wie gewünscht ihr Betreuungsgeld bekommen, und wir könnten die Kinderbetreuung weiter ausbauen.“

Herr Försterling, schauen Sie sich einmal die Überschrift des Antrags an: „Betreuungsgeld verhindern - Finanzmittel für Krippenausbau verwenden - Krippengipfel einberufen“.

(Christian Dürr [FDP]: Ich denke, die Länder sollen das entscheiden!)

Meine Damen und Herren von der FDP, stimmen Sie diesem Antrag gleich zu, er fordert genau das Gleiche wie Ihr Landesvorsitzender. Dann kommen wir hier auch zu einer Mehrheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nun hat sich der zuständige Ressortminister, Herr Minister Althusmann, zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm dieses. Bitte schön!

Dr. Bernd Althusmann, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Brammer, nachzulesen Seite 19044

danach:

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Brammer von der SPD-Fraktion möchte seine Restredezeit nutzen. Das sind 1:49 Minuten. Bitte schön!

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident!

Herr Minister, Sie haben am Anfang gesagt, dieses Betreuungsgeld sei für Kinder, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen könnten.

(Zurufe von der CDU: Wollen! - Zuhören!)

Herr Minister, ich sage Ihnen ganz deutlich: Es gibt einen Rechtsanspruch auf Krippenplätze. Die Kinder haben ganz einfach einen Platz zu kriegen. Wir haben dafür zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Da brauchen wir auch keine Entschädigung zu bezahlen. Sie haben einen Rechtsanspruch, und dafür hat das Land Niedersachsen zu zahlen.

(Editha Lorberg [CDU]: Sie bringen jetzt etwas durcheinander! - Astrid Vockert [CDU]: Das gilt aber nicht nur für Krippenplätze, sondern auch für die Tagespflege!

Sagen Sie das dann bitte auch dazu!)

Außerdem haben Sie das Betreuungsgeld angesprochen. Ich weiß nicht genau, was da in Berlin gelaufen ist. Die SPD ist seit langer Zeit gegen das Betreuungsgeld. Auf Nachfrage wurde mir mitgeteilt, dass es zwei Arten von Betreuungsgeld gibt: Das eine wird im frühkindlichen Bereich gehandelt, und das andere bezieht sich auf die Patientenverfügung. Und da war die SPD für das Betreuungsgeld.

(Zustimmung bei der SPD - Minister Dr. Bernd Althusmann:

Nein, da waren Sie auch mit dabei!)